



Antrag

der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach und Fraktion (FDP)

Erhaltung der bayerischen Zoos und Wildparks sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein finanzielles Hilfsprogramm einzurichten, um den Weiterbetrieb der bayerischen Zoos, Tiergärten und Wildparks zu sichern. Die Mittel sollen die aktuelle Versorgung und Pflege der Tiere sicherstellen, notwendige Reparaturen an Gehegen und Außenanlagen gewährleisten sowie die Gehälter der Tierpfleger und Veterinäre abdecken.

Ziel des Hilfsprogrammes muss es sein, dass sämtliche Tiergärten und Wildparks in Bayern – unabhängig davon, ob sie von kommunaler oder privater Hand geführt werden – über die Wintermonate 2020/2021 erhalten bleiben. Wird dieses Ziel nicht erreicht, drohen spätestens im nächsten Frühjahr vielen Einrichtungen die Schließung.

Begründung:

Die unterschiedlichen Betriebsstrukturen der bayerischen Zoos, Tiergärten und Wildparks verhindern, dass alle Parks und Tiergärten zu gleichen Teilen von den bisherigen Hilfspaketen profitieren können – dabei stehen sie in Folge der Corona-Pandemie vor denselben Herausforderungen: Aufgrund der ab März verhängten Ausgangsbeschränkungen leiden Zoos, Tiergärten und Wildparks unter ausbleibenden Besuchern und somit fehlenden Einnahmen.

Obwohl viele Betreiber die Versorgung und Pflege der Tiere aktuell sicherstellen, ist fraglich, wie lange vor allem rein privat geführte Einrichtungen diesen unsicheren Zustand weiterführen können. Kurzarbeit ist oftmals keine Lösung und anfallende Reparaturen müssen zum Wohl der Belegschaft als auch der Tiere trotz dieser Lage durchgeführt werden. Zudem werden die fehlenden Einnahmen aus dem Ostergeschäft dringend zur Bildung von Rücklagen benötigt, um die Einrichtungen durch die besucherarmen Wintermonate zu betreiben.

Fehlen diese Rücklagen, ist ungewiss, wie viele Tiergärten und Wildparks im nächsten Jahr noch existieren. Unter der drohenden Schließung würde auch der Bildungsauftrag leiden, den diese Einrichtungen für unsere Kindergärten und Schulen leisten. Von den finanziellen Hilfen sollen anerkannte Zoos, Tiergärten, Tierparks, Wildparks und -gehege, sowie Gnadenhöfe, Aquarien, Reptilienhäuser und Falknereien profitieren können, die nachweislich aufgrund der Corona-Pandemie Schwierigkeiten haben, Gehälter zu bezahlen oder Rücklagen für besucherarme Zeiten zu bilden.